

Karl-Otto Hagelstein

Eine an sich mittelmäßige Frage

Der deutsch-dänische Konflikt 1864



PETER LANG

Vorwort

Eine an sich mittelmäßige Frage – so beschrieb Bismarck noch zu Weihnachten 1863 den Streit mit Dänemark um die Elbherzogtümer. Das war eine Fehleinschätzung, denn dieser Konflikt sollte der Ausgangspunkt werden zu einer grundlegenden Verschiebung der Machtgewichte in Europa. Doch das konnte er da natürlich noch nicht wissen. Aber auch was seine eigene Person anging, war es keine mittelmäßige Frage. Denn wie lange er sich noch im Amt gehalten hätte ohne den Erfolg, den er sich schließlich gutschreiben durfte, mag als zweifelhaft gelten, nachdem er innenpolitisch bis dahin nicht aus der Sackgasse herausgekommen war. Und es war eine sehr subjektive Einschätzung. Andere sahen das von vorherein ganz anders: Der Präsident Friedrich von Augustenburg, für den es um Alles oder Nichts ging, der aber nie wirklich eine Chance hatte, weil er nur das dynastische Erbrecht auf seiner Seite hatte, aber keinerlei Machtmittel, und für alle nur Mittel zum Zweck war. Oder die Staatsmänner der deutschen Mittel- und Kleinstaaten, denen das Legitimitätsprinzip am Herzen lag, weit mehr jedoch ihre eigenstaatlichen Interessen und das Überleben des ihre Existenz sichernden Deutschen Bundes, die am Ende aber nie über den eigenen Schatten springen konnten und zudem bei beiden Vormächten auf eine bis dahin nicht bekannte Mißachtung des Bundesrechts stießen. Oder König Christian IX., der sich um den traditionellen Gesamtstaat sorgte, aber nicht ankam gegen die nationalliberalen Politiker in Kopenhagen, die ebenso für den Anschluß Schleswigs ans Königreich wie die Bewahrung ihres vergleichsweise modernen Konstitutionalismus stritten, und die nicht nur am eigenen Unvermögen, sondern ebenso an der realpolitisch geprägten Veränderung politischer Kultur in Europa, wie an eben dieser Modernität ihres politischen Systems scheiterten. Und schließlich diejenigen deutsch gesinnten Bewohner der Elbherzogtümer, die um jeden Preis vom Gesamtstaat los wollten, zunehmend sogar um den, Preußen zu werden, sowie die hinter ihnen stehende öffentliche Meinung. Eine an sich mittelmäßige Frage war dieses Problem, sieht man auf die unmittelbar Beteiligten, anfangs wenigstens nur für die Wiener Hofburg und ihren Außenminister Graf Rechberg, und damit entsprach sie deren politischem Vermögen.

Eine an sich mittelmäßige Frage – diese Einschätzung entspricht dem Stellenwert, der dem Konflikt von 1864 in der deutschen Erinnerungskultur ebenso wie in der deutschen Nationalgeschichtsschreibung eingeräumt wird. Vielleicht erklärt sich daraus auch die oftmals geringe Sorgfalt seiner Behandlung in der deutschen Geschichtswissenschaft, wo er lediglich als relativ belangloser erster Akt der sog. Einigungskriege erscheint. In Dänemark ist das anders. Dort hat die Niederlage von 1864 bis in die jüngste Vergangenheit nachwirkende Spuren hinterlassen. Bücher zum Kriegsgeschehen können zu Bestsellern werden, und der Rundfunk sendete am 18. April 2011 ein mehrstündiges Rollenspiel vom Kriegsschauplatz. Das heißt allerdings nicht zwangsläufig, daß die Geschichte dort vorurteilsfreier aufgearbeitet wurde, denn in einem Punkt zeigte sich Jahrzehntlang Kongruenz beider Seiten: In ihrem *Wunsch, eine Geschichte ohne Alternativen zu schreiben* (Frandsen). Erst seit dem letzten Quartal des 20. Jahrhunderts etwa begann man hier den historischen Wert des Deutschen Bundes, dort den des untergegangenen Gesamtstaates objektiver einzuschätzen. Und sogar mit dem Präsidenten Friedrich von Augustenburg hat man sich wieder befaßt.

Die verschiedenen Ereigniskomponenten dieser Auseinandersetzung gebündelt darzustellen, ist das Anliegen der vorliegenden Arbeit. Soweit es darin um die Politik des Deutschen Bundes und des augustenburgischen Prätendenten geht, stützt sie sich auf meine unveröffentlichte und überarbeitete Magisterarbeit von 1995. Neu hinzugekommen sind die einleitenden Kapitel, die Teile, die sich mit der gerade für die Beurteilung der mittelstaatlichen Politik wichtigen Rechtslage und der in der deutschen Literatur vielfach vernachlässigten dänischen Haltung befassen, sowie diejenigen zur europäischen Komponente unter dem Stichwort der Londoner Konferenz und zum Kriegsverlauf. Mehr am Rande behandelt wird die veröffentlichte Meinung.

Die Begrenzung der Arbeit auf das Jahr 1864 ergibt sich aus einer doppelten Reduktion: Mit dem Wiener Frieden schied Dänemark aus dem Konflikt aus, der sich so mit auf die Schleswig-Holstein-Frage reduzierte, die die deutschen Großmächte unter sich austrugen, und in der seit dem Ende der Bundesexekution keine Bundesversammlung und auch kein Prätendent mehr eine nennenswerte Rolle spielen. Die umfangreiche Literatur vollständig auszuschöpfen, war bei der Spannweite des Themas kaum möglich. So gibt es u.a. noch weitere Bismarckbiographien oder Kriegserinnerungen, und noch weit mehr zeitgenössische Propagandaschriften. Der Mut zur Lücke erwies sich aber als unumgänglich. Andererseits würde man sich mehr Beiträge zur Haltung v.a. der deutschen Kleinstaaten nicht nur in diesem Konflikt wünschen, sondern zu ihrer Politik innerhalb des Deutschen Bundes überhaupt. Während die deutschen Großmächte naturgemäß relativ umfangreich abgehandelt werden, und auch die größeren Mittelstaaten ihren Platz auch in übergreifenden Darstellungen finden, klafft hier noch eine spürbare Forschungslücke. Da mir jedoch aus ebenso privaten wie persönlichen Gründen eigene Archivrecherchen nicht möglich waren, kann die Arbeit mit neuen Forschungsdetails insoweit nicht aufwarten, sondern muß sich mit einem handbuchartigen Charakter begnügen.

Die Zusammenfassung der Anmerkungen am Absatzende stellt einen Kompromiß dar zwischen dem Anspruch des Fachhistorikers auf Überprüfbarkeit und dem des interessierten Laien auf flüssige Lesbarkeit. Aus diesem Grunde wurden i.a. auch alle fremdsprachigen Zitate übersetzt. Die Orthographie folgt der sog. alten Rechtschreibung, der auch die Schreibweise der Zitate angepaßt wurde.

Postfeld, im Oktober 2011